

Verband Deutscher Studentenschaften · 53 Bonn · Postfach

5300 Bonn

Postfach

Kaiserstraße 71

Telefon (02221) 63 16 26 - 28

Cable Studverband Bonn

R U N D B R I E F N R. 28

10/74

Btr.: Berufsverbote

Liebe Freunde,

Im Vorstandsbericht zur Zentralratssitzung v.27.9. sind bereits erste Ausführungen zu den neuesten Tendenzen in der Berufsverbotepraxis gemacht und Schritte angegeben, wie der Kampf gegen die Berufsverbote vorangetrieben werden kann und muß.

Inzwischen hat am 6.Okt. in Frankfurt die Aktionsberatung der bundesdeutschen Berufsverbotekomitees stattgefunden; hier konnte ein tatsächlicher Überblick über den derzeitigen Stand der Berufsverbotepraxis und der Aktivitäten gewonnen werden. Da zur Zeit ein ausführliches Protokoll erstellt wird und die Referate in einigen Tagen schriftlich vorliegen, soll hier nicht näher auf die Ergebnisse der Beratungen eingegangen werden. Sie werden mit dem nächsten Rundbrief verschickt werden.

Unabhängig davon verschicken wir heute die Unterschriftenlisten für den Appell des Kolloquiums "Weg mit den Berufsverboten" vom Mai 1974, die wir Euch bitten, sofort in den Universitäten auszuliegen, bzw an Kommilitonen weiterzugeben, die bereit sind, aktiv die Unterschriften zu sammeln. Weitere Listen schicken wir Euch auf Anforderung umgehend zu. In Anbetracht der in Bälde anstehenden Verabschiedung des Sondergesetzes im Bundestag gewinnt die Unterschriftenliste eine hervorragende Bedeutung!!!!!!!

Ebenso bitten wir Euch, für den Aushang des beiliegenden Plakats zu sorgen. Bestellungen für das Plakat: VDS oder Initiative "Weg mit den Berufsverboten" Hamburg, C/O Ingrid Kurz, 2HH 6, Schanzenstr. 115 Tel. 040/436864. Kostenpunkt: Stk. - 1.--DM.

In der Anlage findet sich außerdem das Manifest des BDWi "gegen Berufsverbote und Sondergesetz"; bringt dieses Manifest den Kommilitonen zur Kenntnis und sammelt nach Möglichkeit auch hierfür Unterschriften vorallem bei Tutoren, wiss. Angestellten und Professoren etc. Vordrucke sind erhältlich beim BDWi in Marburg, Universitätsstr. 62.

Weitere Informationen und Anregungen gehen Euch dann im nächsten Rundbrief zu. Kämpfen wir gemeinsam dafür, daß das Bündnis gegen die Berufsverbote breiter und geschlossener wird, kämpfen wir dafür, daß das Sondergesetz nicht verabschiedet wird, kämpfen wir für die gemeinsamen Forderungen des/Düsseldorfer Kolloquiums!

Der Vorstand des VDS 

Es gibt kein "demokratisches" Berufsverbot, ebensowenig, wie es ein demokratisches Sozialistengesetz 1878, ein demokratisches 'Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' 1933 oder einen demokratischen Adenauer-Erlass 1950 gegeben hat. Zwei Jahre Ministerpräsidentenbeschluss haben gezeigt, dass Berufsverbot und Sondergesetz einen grossangelegten Angriff der CDU/CSU und ihrer Verbündeten in Wirtschaft und Politik darstellen, der die fortschrittlichen Kräfte in unserem Land zurückdrängen soll. Was heute noch verfassungskonform ist, soll morgen nach dem Diktat der CDU/CSU bereits "verfassungsfeindlich" und übermorgen "illegal" sein.

Diese Rechnung darf nicht aufgehen. Die Erfahrung hat gelehrt, wer in der Weimarer Republik die Verfassung aushöhlte und schliesslich der faschistischen Regierung den Weg bahnte, wer heute im Widerspruch zum Grundgesetz unverhohlen rassistischen Regimes wie in Südafrika und terroristischen Militärdiktaturen wie in Chile Beifall zollt: es ist dieselbe politische Rechte, die auch für Berufsverbote und Sondergesetz verantwortlich ist.

WIR FORDERN DIE BÜRGER UNSERES LANDES AUF, GEGEN BERUFSSVERBOTE UND SONDERGESETZ IN SOLIDARISCHER BETROFFENHEIT FRONT ZU MACHEN. JEDER IST BEDROHT!

DER MINISTERPRÄSIDENTENBESCHLUSS MUSS AUFGEHOBEN WERDEN!

BERUFSSVERBOTE UND GESINNUNGSSCHNÜFFELEI MÜSSEN AUFHÖREN!

DAS SONDERGESETZ DARF NICHT DURCHKOMMEN!

Dieses Manifest soll als Anzeige in Zeitungen erscheinen. Deshalb bitten wir die Unterzeichner um Spenden auf das Konto des Bundes demokratischer Wissenschaftler Nr. 462, Marburger Volksbank, Stichwort "Manifest".

Ich schliesse mich dem Manifest gegen Berufsverbote und Sondergesetz an:

Initiative „WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN“

Arbeitsausschuß:

Stephan Albrecht, Hamburg; Horst Bethge, Hamburg; Dr. Richard Bünemann, MdL, Plön; Kurt Bunke, Kiel; Wolfgang Grell, Hamburg; Helga Kern, Jeinsen; Ingrid Kurz, Hamburg; Gertrud Rädiker, MdBü, Hamburg; Erich Roßmann, Mettmann; Prof. Dr. Theo Schiller, Schrock; Ingrid Schuster, Frankfurt/Main; Eckard Spoo, Hannover; Helmut Stein, Hamburg; Prof. Dr. G. Stuby, Bremen; Werner Stürmann, Hamburg; Gerhard Weber, MdBü, Hamburg.

Appell des Kolloquiums „Weg mit den Berufsverboten“

Einer großen Zahl von Lehrern, Sozialpädagogen, Wissenschaftlern, Ärzten und anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik droht aus politischen Gründen Berufsverbot. Eine Reihe Betroffener ist entlassen worden, viele sind von Entlassung bedroht, Bewerber werden nicht eingestellt. In der Wirtschaft werden Betriebsräte, gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsjugendsprecher mit Entlassung bedroht oder entlassen. Betroffen sind Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, aktive Gewerkschafter.

Mit diesen Maßnahmen werden tragende Verfassungsgrundsätze verletzt. Der Ministerpräsidentenbeschluß vom 28. 1. 1972 ist insbesondere gegen die grundgesetzlich garantierten Rechte der Parteien gerichtet.

Vor allem CDU/CSU haben zu Hexenjagd und Gesinnungsschnüffelei aufgerufen. Aber auch der Genscher-Entwurf zur Neuregelung des Beamtenrechts verletzt die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Berufsverbote durch ein verfassungswidriges Gesetz festzuschreiben.

Wir setzen uns für die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und für die Verwirklichung der antifaschistisch-demokratischen Grundsätze unserer Verfassung ein.

Wir fordern:
Freiheit im Beruf!
Demokratie im Betrieb!
Weg mit den Berufsverboten!
Verteidigt die Grundrechte
des Grundgesetzes!

Düsseldorf, den 11. Mai 1974

Wolfgang Tschirner, techn. Angestellter, Düsseldorf
Walter Uhle, Lehrer i. R., Hannover

Christiane van der Veen, Studentin, Essen
Olf Vetter, Journalist, Koblenz
Stephan Voets, Publizist, Düsseldorf
Werner Vogel, Student, Hamburg
A. Vogt, Erzieherin, Wetter
Jochen Volckhardt, Lehrer, Kiel

Annette Walter, Studentin, Hamburg
Dagmar Waskönig, Kunsthistorikerin, Hannover
Christa Waßmann, Zahnarzhelferin, Hamburg
Peter Wehner, Student, Frankfurt
Ingeborg Weigand, Malerin, Puchheim
Rodja Weigand, Schriftsteller, Puchheim
Monika Wendt-Stamer, Büroangestellte, Tornesch
Margret Wentker, Arbeiterin, Saerbeck

Christiane Werner, Erzieherin, Welter
Hans-Peter Werner, Sozialpädagoge,
Lutz Wemicke, Schriftsteller, Bremen
Ingrid Wipfler, Studentin, Hamburg
Edgar Wolff, Zahnarzt, Hamburg
Heide Wolff, Hausfrau, Hamburg
Michael Wolter, Student, Hamburg
Margret Wonnemann, Bibliotheksangestellte,
Bielefeld

Thorsten-Michael Wulff, Studienreferendar,
Neuendeich
Friedrich Wunderlich, Lehrer, Göttingen

Angela Ziemer, Studentin, Gießen
Hermann Ziemer, Lehrling, Essen
Gisela Zillmann, Steuerbeamtin, Hamburg
Alex Zollmann, Lehrer, Hamburg
Anja Zollmann, Fotografin, Hamburg

Ich schließe mich dem Appell an:

Name, Vorname	Anschrift	Beruf/Funktion	Unterschrift

Bitte in Druckschrift ausfüllen und einsenden an: Ingrid Kurz, 2 Hamburg 6, Schanzenstraße 115